

Sommerfest 2026 – miteinander für Niedersachsen



Seite 2 <

Zimbehl zur
Zukunft des Berufs-
beamtentums

Seite 6 <

Sommerfest des
dbb niedersachsen

Seite 8 <

Bürgerbefragung
2026



© Getty Images

➤ Zur Sache

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Wie wir über die Zukunft des Berufsbeamtentums reden sollten

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

in meinen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft begegnet mir immer wieder eine bemerkenswerte Übereinstimmung: Unser Staat muss leistungsfähiger werden, schneller, digitaler, bürgernäher, krisenfester. Wir brauchen ausreichend qualifiziertes Personal, müssen Fachkräfte gewinnen und gleichzeitig dafür sorgen, dass diejenigen, die bereits heute Verantwortung im öffentlichen Dienst übernehmen, gerne und möglichst lange dort bleiben.

Dem kann ich nur zustimmen und diese Wünsche decken sich im Übrigen mit vielen langjährigen Forderungen und Zielen des dbb niedersachsen.

Umso mehr irritiert mich allerdings, wie manche Debatten geführt werden, sobald es darum geht, was ein solcher öffentlicher Dienst kosten darf und welche Rahmenbedingungen diejenigen erwarten können, die ihn tragen – sowohl auf Bundes- als aber auch auf Landesebene.

Man kann nicht montags den Fachkräftemangel beklagen, dienstags die Attraktivität des öffentlichen Dienstes beschwören und mittwochs darüber nachdenken, wie Versorgung, Arbeitszeit oder andere wesentliche Rahmenbedingungen zulasten der Beschäftigten verändert werden können.

Und man kann schon gar nicht auf der einen Seite einen handlungsfähigen Staat verlangen und auf der anderen Seite die Grundlagen des Berufsbeamtentums immer wieder unter den Generalverdacht vermeintlicher Privilegien stellen.

➤ Empfehlung der Alterssicherungskommission

Genau deshalb verfolgen wir als dbb die Diskussion um die Empfehlungen der Alterssicherungskommission mit großer Aufmerksamkeit – und an einigen Stellen auch mit erheblicher Sorge.

Dabei möchte ich an dieser Stelle eines ausdrücklich vorwegstellen: Ich halte **Reformdiskussionen** nicht nur für legitim, sondern für notwendig. Gesellschaft, Arbeitswelt und demografische Rahmenbedingungen verändern sich. Selbstverständlich muss sich auch der öffentliche Dienst weiterentwickeln. Wer aber über die Zukunft des Berufsbeamtentums diskutiert, muss das gesamte System in den Blick nehmen – seine Pflichten ebenso wie seine Rechte, seine verfassungsrechtlichen Grundlagen ebenso wie seine finanzielle Ausgestaltung.

Die Alterssicherungskommission tut dies zumindest partiell und die Vorschläge und Empfehlungen dieser Expertenkommission gehen in Teilbereichen dankenswerterweise gerade nicht in jene Richtung, die zuvor von einigen Spitzenpolitikern mit teilweise ausgesprochen polemischen Äußerungen gefordert worden war.

So erkennt die Alterssicherungskommission unter anderem ausdrücklich an, **dass die Beamtenversorgung verfassungsrechtlich geschützt ist** und dass eine schlichte Überführung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung erhebliche rechtliche und finanzielle Probleme aufwerfen würde.

Sie beschreibt selbst die Übergangsproblematik: Über Jahrzehnte müssten bestehende Versorgungslasten weiterfinanziert werden, während gleichzeitig für neu einbezogene Beamtinnen und Beamte Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung anfielen. Eine vermeintlich einfache Lösung ist das also gerade nicht.

Und trotzdem formuliert die Kommission langfristig die **Perspektive einer Erwerbstätigenversicherung**, in die auch Beamtinnen und Beamte einbezogen werden könnten. Überdies wird eine **Überprüfung der Verbeamtungspraxis** vorgeschlagen. Verbeamtungen sollen sich stärker auf hoheitliche Aufgaben konzentrieren, während andere Aufgaben häufiger durch Tarifbeschäftigte wahrgenommen werden könnten.

Hinzu kommen Vorschläge zur wirkungsgleichen Übertragung von Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Beamtenversorgung und die Perspektive weiter steigender Altersgrenzen.

Spätestens an dieser Stelle beginnt mein grundsätzliches Unverständnis und gleichzeitig auch meine nicht unbegründete Sorge.

Das Berufsbeamtentum ist kein Baukasten, aus dem man sich je nach Haushaltslage einzelne Bestandteile herausnehmen kann.



➤ Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

© dbb niedersachsen

Wer über Versorgung spricht, muss auch über die besonderen Pflichten sprechen. Über die besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat. Über das Streikverbot. Über das Lebenszeitprinzip. Über die Verpflichtung zur politischen Mäßigung und Neutralität. Über besondere Dienstpflichten und über die Bereitschaft, gerade in Krisenlagen zuverlässig für diesen Staat einzustehen. Und selbstverständlich auch über die Verpflichtung des Dienstherrn zur amtsangemessenen Alimentation und Versorgung.

Gleichzeitig halte ich es schon seit längerer Zeit für zu einfach, sich einzelne Bereiche des Berufsbeamtentums, hier insbesondere die „Pauschalbetrachtung“ der **hoheitlichen Aufgaben**, herauszupicken. Wo beginnt und wo endet eigentlich eine hoheitliche Aufgabe? Darüber streiten nicht nur Rechtsgelehrte. Gerade diese Abgrenzung ist seit jeher Gegenstand intensiver politischer und rechtlicher Diskussionen. Wer hier einfache Antworten suggeriert, macht es sich aus meiner Sicht zu leicht.

➤ Rechte und Pflichten gehören zusammen

Deshalb stört mich an vielen öffentlichen Diskussionen nicht, dass über Reformen gesprochen wird. Mich stört im zunehmenden Maße die Einseitigkeit. Wenn ausschließlich die Versorgungsausgaben betrachtet werden, entsteht zwangsläufig ein verzerrtes Bild.

Wer nur danach fragt, was eine Pension kostet, aber nicht danach, welches besondere Dienst- und Treueverhältnis ihr gegenübersteht, führt keine vollständige Debatte über das Berufsbeamtentum.

Wer gleichzeitig vergisst, dass es die Dienstherrn und ihre Haushaltsgesetzgeber waren, die eine nachhaltige Vorsorge für künftige Versorgungslasten über Jahre hinweg vernachlässigt haben, führt die Debatte ebenso einseitig.

Besonders kritisch sehen wir als dbb deshalb die Forderung der Alterssicherungskommission, frühere und künftige **Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung zu übertragen**. Die Kommission sieht hier ausdrücklich einen Nachholbedarf und verweist unter anderem auf unterschiedliche Entwicklungen des Rentenniveaus und des Ruhegehaltshöchstsatzes. Auch darüber kann man durchaus diskutieren. Aber „wirkungsgleich“ darf niemals „schematisch“ bedeuten.

Die Beamtenversorgung ist keine gesetzliche Rente unter anderem Namen. Sie ist als Vollversorgung Bestandteil des eigenständigen Alimentationssystems, hat Verfassungsrang und ist ein wesentlicher Teil unseres Staatssystems. Wer Veränderungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung übertragen will, muss deshalb zwingend prüfen, ob und wie diese Veränderungen innerhalb des beamtenrechtlichen Gesamtsystems überhaupt systemgerecht umgesetzt werden können.

➤ Gleichbehandlung bedeutet nicht Gleichmacherei

Und noch ein Punkt treibt uns gemeinsam um: die **Lebensarbeitszeit**.

Die Alterssicherungskommission schlägt vor, die Regelaltersgrenze nach 2031 bei weiter steigender Lebenserwartung regelgebunden weiter anzuheben. Nach dem dort beschriebenen Modell soll zusätzliche Lebenserwartung zu zwei Dritteln in eine längere Er-

werbsphase und zu einem Drittel in einen längeren Ruhestand fließen.

Wer ernsthaft darüber diskutiert, Menschen noch länger im Berufsleben zu halten, sollte aus meiner Sicht allerdings zunächst darüber sprechen, unter welchen Bedingungen diese Menschen während ihres Berufslebens arbeiten.

Gerade für uns in Niedersachsen ist das keine theoretische Frage. Beamtinnen und Beamte leisten hier weiterhin eine **regelmäßige Wochenarbeitszeit von 40 Stunden**. In vielen Bereichen kommen Schichtdienst, Nacht- und Wochenenddienste, zunehmende Arbeitsverdichtung, Personalmangel und hohe psychische oder körperliche Belastungen hinzu.

Bevor wir also darüber reden, das Berufsleben nach hinten immer weiter zu verlängern, sollten wir endlich darüber reden, die Belastung während dieses Berufslebens vernünftig zu gestalten. Genau deshalb fordert der dbb in seinem Papier zur Fortentwicklung des Berufsbeamtentums eine regelmäßige Wochenarbeitszeit von unter 40 Stunden für alle Beamtinnen und Beamten. Und ich halte diese Forderung nicht nur für richtig, sondern angesichts der aktuellen Diskussion für zwingend.

Aber vielleicht erwartet der eine oder andere an dieser Stelle, dass wir als dbb nun einfach sagen: alles lassen, wie es ist. Keine Veränderungen. Keine Reformen.

➤ Weit gefehlt – wir wollen Veränderungen!

Und wir haben sehr konkrete Vorstellungen davon. Der dbb als Bundesorganisation mit seinen Landesbünden und Fachgewerkschaften ist die maßgebliche gewerkschaftliche Kraft, die diese Diskussion über den Erhalt und die Fortentwicklung des Berufsbeamtentums führt und dabei klar Position bezieht. Auch dies möchte ich an dieser Stelle unterstreichen.

Das im Juni vorgelegte dbb Papier zur Fortentwicklung des Berufsbeamtentums ist ein Gesamtpapier der Beamtenrechtskommission des dbb, und ich hatte selbst die Möglichkeit, an diesem Papier mitzuarbeiten.

Es ist gerade keine Verteidigungsschrift für einen unveränderten Status quo. Es ist ein **umfangreicher Forderungskatalog für ein modernes, leistungsfähiges und attraktives Berufsbeamtentum**. Und genau darin liegt für mich der entscheidende Unterschied:

Wir wollen Reformen, die den öffentlichen Dienst besser machen – nicht Reformen, deren eigentlicher Maßstab darin besteht, ihn billiger zu machen.

Ein modernes Berufsbeamtentum muss durchlässiger werden. Berufliche Erfahrungen außerhalb des öffentlichen Dienstes müssen besser anerkannt werden. Seiteneinstiege müssen einfacher möglich sein, ohne den Leistungsgrundsatz aufzugeben. Laufbahnwechsel dürfen nicht an überholten Strukturen scheitern. Abschlüsse und Qualifikationen müssen dienstherrnübergreifend besser anerkannt werden. Und wir brauchen eine systematische Personalentwicklung, die Beschäftigten tatsächlich Perspektiven eröffnet.

Auch Führung muss sich verändern. Wer heute Verantwortung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernimmt, braucht andere

Kompetenzen als noch vor 20 Jahren. Digitalisierung, neue Arbeitsformen und zunehmend auch künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt des öffentlichen Dienstes.

Führungskräfte müssen darauf vorbereitet werden. Führung darf nicht allein Belohnung für eine erfolgreiche Fachkarriere sein. Gute Führung ist eine eigene Qualifikation – und sie entscheidet ganz wesentlich darüber, ob Menschen gerne für einen Arbeitgeber arbeiten.

Auch bei der **Arbeitszeit** brauchen wir mehr **Flexibilität**. Langzeit- und Lebensarbeitszeitkonten können Menschen ermöglichen, unterschiedliche Lebensphasen besser miteinander zu verbinden. Wer Kinder betreut, Angehörige pflegt oder nach Jahrzehnten belastender Tätigkeit eine andere Arbeitszeitgestaltung benötigt, sollte dafür verlässliche Möglichkeiten haben.

Das ist für den dbb und auch für uns als dbb niedersachsen moderne Beamtenpolitik.

■ Besoldung

Und dazu gehört selbstverständlich auch die **Besoldung**. So fordern wir als dbb zu Recht eine Rückbesinnung auf das Grundgehalt. Die Besoldung muss wieder stärker das Amt, die Verantwortung und die Leistung abbilden. Immer neue familien-, wohnort- oder einkommensabhängige Ergänzungstatbestände machen das Besoldungssystem nicht nur komplizierter, sondern entfernen es zunehmend von seinem eigentlichen Kern.

Wir brauchen **verfassungsgemäße Grundgehälter**. Wir brauchen nachvollziehbare Abstände zwischen den Besoldungsgruppen und Erfahrungsstufen. Wir brauchen eine bessere und einheitlichere Anerkennung beruflicher Erfahrungszeiten.

Und wir brauchen Zulagen, die ihre Anerkennungs- und Anreizfunktion nicht dadurch verlieren, dass sie über Jahre hinweg von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden.

Wir erleben in Niedersachsen eine fortwährende Diskussion mit der Landesregierung über das Für und Wider von Sonderzahlungen ohne Überarbeitung der Besoldungstabellen. Diese Sonderzahlungen, die eben nicht versorgungsrelevant sind und das Abstandsgebot komplett zerstören, werden wir auch künftig ablehnen und dem Finanzministerium weiterhin klare und systemgerechte Alternativen entgegenstellen.

Denn gerade die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen doch, wohin ein immer weiter auseinanderdriftendes Besoldungsrecht führen kann.

Nach der Föderalismusreform haben sich zwischen Bund und Ländern und auch zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede entwickelt. Das erschwert Mobilität und erzeugt einen Wettbewerb zwischen Dienstherren, der mit der eigentlichen Aufgabe eines bundesweit funktionsfähigen öffentlichen Dienstes immer weniger zu tun hat.

Das bedeutet im Übrigen nicht, den Föderalismus abzuschaffen. Es bedeutet, dort wieder gemeinsame Leitplanken einzuziehen, wo die Zersplitterung inzwischen mehr schadet als nutzt.

Deshalb ist auch die Forderung des dbb nach mehr **Grundeinheitlichkeiten** richtig: Einheitliche Aufgaben brauchen in wesentlichen Bereichen auch vergleichbare Regelungen und diese erziele ich durch einheitliche und vergleichbare Besoldungstabellen, nicht aber durch „niedersächsische Irrwege“ besoldungsfremder Elemente.

■ Finanzierung

Und selbstverständlich müssen wir auch über die **Finanzierung** der Beamtenversorgung sprechen. Auch hier verweigert sich der dbb keineswegs einer Reform. Im Gegenteil: Das Forderungspapier spricht sich für eine stärkere Teilkapitaldeckung und für auskömmliche, rechtlich vor Zweckentfremdung geschützte Rücklagen für künftige Versorgungsausgaben aus. Das ist verantwortungsvolle Politik gegenüber kommenden Generationen.

Was wir allerdings entschieden ablehnen, ist die Vorstellung, dass notwendige Rücklagen erneut durch Einschnitte bei Besoldung oder Versorgung von den Beamtinnen und Beamten selbst finanziert werden sollen. Die Finanzierung der Versorgung ist einzig und allein eine Verpflichtung des Dienstherrn.

Und man darf in diesem Zusammenhang durchaus daran erinnern, dass Beamtinnen und Beamte in der Vergangenheit bereits erhebliche Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung hinnehmen mussten. Das dbb Papier formuliert hierzu bemerkenswert deutlich, dass die Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung und die den Beamtinnen und Beamten auferlegten Sonderopfer gar nicht genug skandalisiert werden können.

Wer heute fehlende Rücklagen beklagt, sollte sehr genau darauf schauen, welche politischen Entscheidungen gestern getroffen wurden. Beschäftigte dürfen nicht immer wieder dafür bezahlen, dass Dienstherren notwendige Vorsorge unterlassen, Rücklagen nicht ausreichend aufgebaut oder vorhandene Mittel für andere Zwecke verwendet haben.

Wir haben in Niedersachsen seit Jahren die Erfahrung damit gemacht, dass die **durch unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen gebildete Versorgungsrücklage haushälterisch zweckentfremdet** wurde und nunmehr nicht mehr den Stand aufweist, den sie eigentlich haben müsste. Auch diese Kritik des dbb niedersachsen wurde in der Vergangenheit stets ignoriert oder auf Vorgängerregierungen geschoben. So kann ich aber keine Problemlösung betreiben, so verschärfe ich Probleme und schlittere sehenden Auges in neue Schwierigkeiten.

Wir verweigern uns nicht der Verantwortung für kommende Generationen. Im Gegenteil. **Aber Verantwortung muss auf beiden Seiten gelten.** Und genau hier schließt sich für mich der Kreis zur Alterssicherungskommission.

Ja, wir müssen über die Zukunft unserer Alterssicherungssysteme sprechen. Wir müssen über demografische Veränderungen sprechen. Und selbstverständlich muss sich auch das Berufsbeamtentum weiterentwickeln. Aber wer Reformen fordert, muss zunächst definieren, welches Ziel er eigentlich verfolgt – etwa ob der öffentliche Dienst tatsächlich moderner, leistungsfähiger und attraktiver werden soll. Genau in dem Moment sind wir als dbb niedersachsen auf allen Ebenen mit dabei.

Gleiches gilt für die **Verbesserung der Mobilität zwischen den Dienstherren, durchlässigere Laufbahnen, professionelle Führung, zeitgemäße Arbeitszeiten und transparente Besoldungssysteme**. Wenn Reform aber lediglich bedeutet, die besonderen Pflichten des Berufsbeamtentums beizubehalten und gleichzeitig seine korrespondierenden Rechte Schritt für Schritt abzubauen, werden wir uns mit aller Entschlossenheit dagegenstellen.

Denn genau das wäre keine Modernisierung. Es wäre Demontage.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

zwischen dem Anspruch an einen leistungsfähigen Staat und der Wirklichkeit seiner Beschäftigten klafft an vielen Stellen inzwischen eine erhebliche Lücke und eben diese Lücke, das ist meine tiefste Überzeugung, müssen wir schließen.

Der dbb hat seine Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir sind bereit, über die Zukunft des Berufsbeamtentums zu reden. Über Veränderungen. Über Modernisierung. Über neue Arbeitsformen. Über nachhaltige Finanzierung. Und selbstverständlich auch über unbequeme Fragen. Aber eines erwarte ich dann auch von der Politik – gerade hier in Niedersachsen, mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl und angesichts schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen:

Redet mit uns darüber, wie wir das Berufsbeamtentum besser machen – und nicht darüber, wie man es Stück für Stück billiger bekommt.

Wer vom öffentlichen Dienst Verlässlichkeit erwartet, muss selbst verlässlich sein – oder noch deutlicher: **Wer Loyalität verlangt, muss Loyalität erwidern.** Und wer junge Menschen für den öffentlichen Dienst gewinnen möchte, muss ihnen mehr anbieten als die Aussicht darauf, dass die Bedingungen ihres Berufslebens bei der nächsten Haushaltskrise erneut zur Disposition gestellt werden.

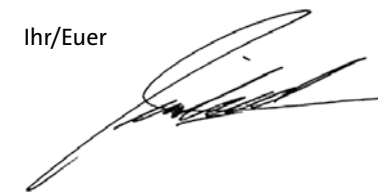
Am Ende geht es um weit mehr als Pensionen, Wochenarbeitszeiten, Laufbahnen oder Besoldungstabellen, sondern vielmehr um die grundsätzliche Frage: Wie viel Staat wollen wir – und welchen Staat wollen wir? Einen Staat, der lediglich irgendwie funktioniert? Oder einen Staat, der leistungsfähig, attraktiv und krisenfest ist und dessen Beschäftigte darauf vertrauen können, dass ihre besondere Verantwortung auch besonders anerkannt wird?

Es wird Sie und euch nicht überraschen, dass ich persönlich für mich diese Frage sehr eindeutig beantworte:

Wer einen starken Staat will, braucht einen starken öffentlichen Dienst. Und wer einen starken öffentlichen Dienst will, muss bereit sein, in die Menschen zu investieren, die ihn tragen.

Das ist keine Privilegiendebatte – das ist eine Zukunftsfrage unseres Staates.

Ihr/Euer



Alexander Zimbehl

Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.dbb-niedersachsen.de. **Bankverbindung:** BSBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin), Vanessa Bucceri, Lia Napierski. **Redaktionsschluss:** 27.08.2026 **Verantwortlich für den Inhalt:** Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen dar. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © dbb nds

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Maïke Asmussen.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:** Britta Dorr, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 30, gültig ab 1.1.2026.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



© Andrej Popov

Sommerfest des dbb niedersachsen: gemeinsam im Gespräch

Das Sommerfest des dbb niedersachsen am 27. August in den Georgen Terrassen in Hannover bot auch in diesem Jahr die Gelegenheit, Politik, Gewerkschaft und persönliche Begegnungen miteinander zu verbinden.



sönlichkeiten aus Niedersachsen der Einladung gefolgt.

Die Gespräche vor Ort zeigten einmal mehr, wie wichtig der direkte Dialog zwischen Politik und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist. Ob aktuelle Herausforderungen in den Verwaltungen, die Situation der Beschäftigten oder die Zukunft des öffentlichen Dienstes: In lockerer Atmosphäre konnten Themen angesprochen, Standpunkte ausgetauscht und Kontakte gepflegt werden.



Maik Wagner, Heini Schmitt und Alexander Zimbehl

Dabei wurde deutlich: Gewerkschaftliche Arbeit lebt nicht nur von offiziellen Verhandlungen und politischen Gesprächen, sie lebt ebenso von persönlichen Begegnungen und einem offenen, direkten Austausch.

Starke Gemeinschaft der Fachgewerkschaften

Besonders sichtbar wurde auch die Vielfalt des dbb niedersachsen. Zahlreiche engagierte Kolleginnen und Kollegen aus den Fachgewerkschaften und Verbänden waren vor Ort und nutzten die Gelegenheit, sich untereinander zu vernetzen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Denn die Stärke des dbb liegt gerade in der Vielfalt seiner Mitgliedsorganisationen und -verbände. Sie vertreten Beschäftigte



Daniela Behrens, Alexander Zimbehl und Milanie Kreutz

aus ganz unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes und bringen ihre jeweiligen Erfahrungen, Perspektiven und Themen ein. Beim Sommerfest kamen diese unterschiedlichen Stimmen zusammen und machten gleichzeitig deutlich, was sie verbindet: der gemeinsame Ein-



satz für die Interessen der Beschäftigten.

Auch die dbb Bundesspitze war vertreten. Mit den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Milanie Kreutz, Heini Schmitt, Maik Wagner und dem dbb Bundesvorsitzenden Dr. Horst Günther Klitzing waren zahlreiche wichtige Stimmen aus der Bundesorganisation vor Ort. Der Austausch über Landes- und Verbandsebenen hinweg bot damit ebenfalls die Möglichkeit, gemeinsame Themen zu diskutieren und neue Impulse mitzunehmen.

Mehr als ein geselliger Abend

Das Sommerfest zeigte erneut, dass gewerkschaftliches Engagement viele Facetten hat. Neben dem fachlichen Austausch durfte an diesem Abend

gelacht, gemeinsam gegessen und der persönliche Kontakt gepflegt werden.

„Gewerkschaft lebt vom Austausch und vor allem von den Menschen, die sich engagieren und gemeinsam für einen starken öffentlichen Dienst eintreten. Unser Sommerfest bietet die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und auch abseits des politischen Alltags Gemeinschaft zu erleben“, betonte der 1. Landesvorsitzende des dbb niedersachsen, Alexander Zimbehl.

Insbesondere in einer Zeit, in der die Anforderungen an den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten stetig wachsen, ist ein starker Zusammenhalt besonders wichtig. Veranstaltungen wie das Sommerfest schaffen dafür Raum: Sie bringen Menschen zusammen, die sich oft nur in Sitzungen, Arbeitsgemeinschaften oder politischen Gesprächen austauschen können.

So wurde aus einem sommerlichen Abend in den Georgen Terrassen ein Treffen, das weit über ein gemeinsames Grillbuffet hinausging. Politik, Gewerkschaft und Kolleginnen und Kollegen verbrachten gemeinsam einen gelungenen Sommerabend.



Besonders bedankt sich der dbb niedersachsen an dieser Stelle bei seinen Sponsoren, welche uns auch bei dieser Veranstaltung erneut großzügig unterstützt haben! Euer Beitrag hat maßgeblich dazu beigetragen, dass unser Sommerfest ein voller Erfolg war. Wir sagen Danke! ■

Herzlichen Dank an unsere Sponsoren!

BB Bank

dbb vorsorgewerk

Spezialist für den öffentlichen Dienst. DBV

DebeKa
Versichern und Bausparen

HUK-COBURG

SwissLife
Select

Bei sommerlichen Temperaturen und strahlendem Sonnenschein kamen zahlreiche Gäste aus Politik, Gewerkschaften und Verwaltung zusammen. Die Georgen Terrassen boten dafür den passenden Rahmen: Bei einem leckeren Grillbuffet, kühlen Getränken und verschiedenen kleinen Extras konnten die Gäste den Sommerabend in entspannter Atmosphäre



dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2026

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat die forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2026 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen werden.



© stock.adobe.com

■ Zusammenfassung

Das Vertrauen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger in die Handlungsfähigkeit des Staates ist in diesem Jahr auf einen neuen Tiefststand gesunken: Weniger als ein Fünftel der Bundesbürger hält den Staat derzeit für in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen, während vier von fünf ihn als überfordert ansehen. Als größte Problemfelder werden dabei zunehmend die sozialen Sicherungssysteme und die Rente sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik gesehen, während die Asyl- und Flüchtlingspolitik deutlich an Bedeutung verloren hat.

Kritischer als noch im Vorjahr wird auch die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes bewertet, von der nun eine knappe Mehrheit meint, dass sie gegenüber den letzten Jahren geringer geworden sei.

Die wichtigsten Forderungen nach Verbesserung bleiben bei den Bürgern eine Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften sowie eine deutliche Verkürzung der Bearbeitungszeiten.

Zugenommen hat gegenüber dem Vorjahr der Wunsch nach mehr digitalen Behördenleistungen. Von der Digitalisierung erhofft sich eine knappe Mehrheit eine Verbesserung der staatlichen Leistungsfähigkeit; der aktuelle Stand der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung wird allerdings eher verhalten beurteilt. Als Hauptgründe für die schleppende Digitalisierung werden von den Bürgern vor allem eine mangelnde Kooperation

zwischen den föderalen Ebenen und zu hohe Datenschutzanforderungen vermutet. Dem neuen Digitalministerium traut bislang nur ein Fünftel zu, in den nächsten Jahren spürbare Fortschritte bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung zu erzielen.

Bei der Bewertung einzelner öffentlicher Einrichtungen schneiden Straßenreinigung und Müllabfuhr sowie Bibliotheken und Museen weiterhin am besten, Landes- und vor allem Bundesministerien hingegen am schlechtesten ab.

Das Beamtenbild bleibt geprägt von positiven Zuschreibungen wie verantwortungsbewusst, pflichtbewusst und zuverlässig, wobei die positiven Eigenschaften tendenziell seltener genannt werden als im Vorjahr.

Im Ansehen der Berufe führen weiterhin Feuerwehrleute, Pflegekräfte und Ärzte die Liste des „Berufsrankings“ an, während Politiker, Versicherungsvertreter und Mitarbeiter von Werbeagenturen am unteren Ende rangieren.

Unter den verschiedenen Aufgaben des Staates haben die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen sowie die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur für die Bürger die höchste Priorität. Zugleich wird die Bewältigung gerade dieser drei Aufgabenbereiche durch den Staat von den Bürgerinnen und Bürgern als besonders unzureichend bewertet.

■ Die wichtigsten Aufgaben des Staates und ihre Erfüllung

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, für wie wichtig sie derzeit – angesichts der verschiedenen Krisen in der Welt und in Deutschland – verschiedene Aufgaben des Staates halten.

Insgesamt hält jeweils eine (große) Mehrheit der Befragten alle abgefragten staatlichen Aufgaben für wichtig oder sogar sehr wichtig. Die höchste Priorität („sehr wichtig“) haben für die Bundesbürger die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme (55 Prozent), die Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen (54 Prozent) und die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur (53 Prozent).

41 Prozent halten den Ausbau und die Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, 38 Prozent den Ausbau und die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes, 35 Prozent die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Zuwanderern, 34 Prozent Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien und 31 Prozent die Verbesserung der Ausrüstung und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr für „sehr wichtig“.

Eine nicht ganz so hohe Priorität wird mit 24 Prozent der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land beigemessen.

Bei allen der einzelnen Aufgaben des Staates meint allerdings jeweils nur eine Minder-

heit der Bundesbürger, dass der Staat diese Aufgaben derzeit gut bewältigen kann. Vergleichsweise noch am ehesten gelingt dies nach Meinung der Befragten bei der Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr (37 Prozent). Ein Viertel (25 Prozent) hat den Eindruck, dass dem Staat die Aufgabe der Investitionen für den Klimaschutz gut gelinge, und ein Fünftel (21 Prozent) meint dies vom Ausbau und der Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Am schlechtesten gelingt dem Staat nach Meinung der Bundesbürger die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme sowie die Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen: Nur 11 Prozent meinen, dass der Staat die Bewältigung dieser Aufgaben gut gelinge.

Vergleicht man die Anteile der Befragten, die die jeweiligen Aufgaben des Staates für sehr wichtig halten, mit den Anteilen derer, die meinen, dass dem Staat die Bewältigung dieser Aufgaben gut oder sehr gut gelingt, fällt die Diskrepanz bei den drei am wichtigsten erachteten Aufgaben – Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen sowie Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur – mit Abstand am größten aus.

Die gesamte dbb Bürgerbefragung mit detaillierten Angaben finden Sie auf unserer Website unter www.dbb-niedersachsen.de.

